

## **Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Dr. Riedl (München), Haase (Kassel), Dr. Sprung, Carstens (Emstek), Glos, Frau Berger (Berlin), Borchert, Echternach, Dr. Friedmann, Gerster (Mainz), Röhner, Dr. Hackel, Hauser (Bonn-Bad Godesberg), Metz, Picard, Dr. Rose, Schmitz (Baesweiler), Schröder (Lüneburg), Dr. Stavenhagen, Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. Köhler (Duisburg), Dr. Langner, Dr. Voss, Dr. George, Jagoda, Niegel, Biehle, Dr. Jobst, Dr. Waffenschmidt, Rossmann, Louven, Dr. Götz, Linsmeier, Frau Geiger, Frau Hoffmann (Soltau), Hartmann, Regenspürger, Dr. Olderog, Sauer (Salzgitter), Sauer (Stuttgart), Dr. Kunz (Weiden), Milz, Lowack, Sick, Zierer, Müller (Wesseling), Jung (Lörrach), Engelsberger, Wissmann, Dr. Warnke, Kittelmann und der Fraktion der CDU/CSU**  
**— Drucksache 9/1478 —**

### **Öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland**

*Der Bundesminister der Finanzen – I A 3 – Vw 6410 – 4/82 – hat mit Schreiben vom 1. April 1982 im Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

Durch das Grundgesetz sowie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist der Staat verpflichtet, die Haushaltspolitik auf die Verwirklichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht – auszurichten. Um diesen Zielen Rechnung zu tragen, haben die öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren in größerem Umfang Kredite aufgenommen. Das Ergebnis war, daß die gesamtwirtschaftlichen Zielwerte, insbesondere in ihrer Kombination, in den 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland besser verwirklicht werden konnten als in den meisten anderen westlichen Industrieländern.

Wegen der 1979/1980 zum zweitenmal in einem Jahrzehnt drastisch gestiegenen Ölpreise verschlechterte sich die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland. Der geänderten gesamt-

wirtschaftlichen Lage, die durch die Entwicklung auf den internationalen Kapitalmärkten – insbesondere den hohen Dollarzins mit seinen Rückwirkungen auf die deutsche Zinsentwicklung und die Importpreise – verschärft wurde, konnte nur mit mittelfristig angelegten Maßnahmen begegnet werden. Aufgabe der Finanzpolitik war in diesem Zusammenhang neben der Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte, die staatlichen Kreditaufnahmen zu verringern, um die Kapitalmärkte zu entlasten, Zinssenkungen zu ermöglichen und dadurch die private Investitionstätigkeit anzuregen. Während 1981 die Nettokreditaufnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Länder, Gemeinden) einschließlich der Sondervermögen LAF und ERP im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt noch 4½ v. H. ausmachten (zum Vergleich 1975: 5,2 v. H.), ist durch die Eingriffe auf der Ausgaben- und Einnahmenseite im Rahmen der „Operation '82“ eine Absenkung der Kreditaufnahmen auf gut 1½ v. H. des Bruttosozialproduktes in 1985 vorgesehen. Allein der Anteil der Nettokreditaufnahmen des Bundes am Bruttosozialprodukt sinkt von 2½ v. H. 1981 auf 1½ v. H. 1982 und unter 1 v. H. 1985. Dabei muß beachtet werden, daß z. B. den Kreditaufnahmen des Bundes im Zeitraum 1982 bis 1985 von rd. 95 Mrd. DM zukunftsorientierte investive Ausgaben von gut 130 Mrd. DM gegenüberstehen. Für den öffentlichen Gesamthaushalt belaufen sich die Investitionsausgaben in diesem Zeitraum auf rd. 400 Mrd. DM, die Nettokreditaufnahmen auf rd. 185 Mrd. DM. Für die Beurteilung von Stand und Entwicklung der öffentlichen Kreditaufnahmen ist es auch aufschlußreich, die Situation in den anderen Industriestaaten zum Vergleich heranzuziehen. Dabei zeigt sich u. a., daß 1980 die öffentliche Verschuldung – gemessen als Prozentsatz des Bruttosozialprodukts – und die Belastung der öffentlichen Haushalte mit Zinszahlungen – gemessen als Prozentsatz der Ausgaben – nur in Frankreich und der Schweiz niedriger sind als in der Bundesrepublik Deutschland. (Weitere Einzelheiten vgl. den vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen Finanzbericht 1982.)

Da die Haushalte 1983 von Bund und Ländern zur Zeit gerade aufgestellt werden, beziehen sich die nachfolgenden Aussagen über die künftige Entwicklung der Kreditaufnahmen noch auf die gegenwärtig geltenden Finanzpläne (Bund und Länder) und Schätzungen (Gemeinden). Die diesen Planungen zugrundeliegenden volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen dürften sich jedoch u. a. deswegen ändern, weil die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte für den Zeitraum 1982 bis 1986 neu aufzustellen sind, weil von der Bundesregierung Maßnahmen im Rahmen der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ vorgeschlagen worden sind, weil die Steuereinnahmen Anfang März neu geschätzt wurden und weil der Bund in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt zu finanzieren hat.

1. Wie hoch war der Gesamtschuldenstand des Bundes (einschließlich Lastenausgleichsfonds, dessen Kapitaldienst der Bund ab 1980 trägt), seiner einzelnen Sondervermögen, der Länder und der Gemeinden (Angaben je getrennt und insgesamt) am 31. Dezem-

ber 1981, und wie wird er sich nach den mittelfristigen Finanzplanungen bis 1985 entwickeln?

Der Schuldenstand des Bundes, seiner Sondervermögen, der Länder und Gemeinden entwickelt sich nach den Finanzplänen bzw. Wirtschaftsplänen und Schätzungen wie folgt, wobei der Schuldenstand am 31. Dezember 1981 entsprechend der jährlichen Nettokreditaufnahmen (s. Frage 5) fortgeschrieben wurde:

Bezeichnung	1981	1982	1983	1984	1985
	Stand am Jahresende in Mrd. DM				
Bund*)	269	296	322	346	364
ERP	5	6	7	8	8
Länder	162 1/2	184	203	219	231
Gemeinden (Gv.)**)	90 1/2	96	101	105	108
insgesamt	527	582	633	679	712
nachrichtlich					
Bundesbahn	34 1/2	36	38	42	47
Bundespost	38	43	48	55	63

– Abweichungen durch Runden der Zahlen –

\*) einschließlich Lastenausgleichsfonds, dessen Kapitaldienst der Bund ab 1980 trägt

\*\*) ohne Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen

2. Wie gliedert sich der Gesamtschuldenstand des Bundes am 31. Dezember 1981 nach Darlehensarten und Fälligkeiten auf (Die Angaben sollen die Bruttotilgungsverpflichtungen in den einzelnen Jahren ab 1982 umfassen.)?

Die Schulden des Bundes nach dem Schuldenstand vom 31. Dezember 1981 – aufgegliedert nach Schuldenarten – werden wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich fällig:

	Schuldenstand am 31. Dezember 1981	Tilgungsleistungen in den Jahren (in Mrd. DM)														
		1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	ab 1995	
Bund																
( 1) Bundesanleihen	45,8	2,9	4,2	5,1	4,1	2,3	3,8	1,9	8,8	6,1	6,2	—	0,5	—	—	
( 2) Bundesobligationen	20,9	—	—	1,1	7,9	11,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
( 3) Bundesschatzbriefe	13,8	2,3	1,4	0,7	0,7	2,1	3,6	3,1	—	—	—	—	—	—	—	
( 4) Schuldscheindarlehen	156,0	24,8	23,0	19,9	16,4	18,1	10,0	9,7	9,0	8,5	7,9	2,1	0,3	5,9	0,6	
( 5) Kassenobligationen	11,4	7,9	0,4	2,1	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
( 6) U-Schatze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
( 7) Finanzierungs-Schatze	9,1	2,9	6,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
( 8) Haushaltskredite (Summe 1 – 7)	257,2	40,8	35,2	28,8	30,2	34,4	17,3	14,7	17,8	14,6	14,1	2,1	0,8	5,9	0,6	
( 9) Schuldbuch- forderungen	0,6	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	
(10) Ausgleichs- forderungen und sonstige Altschulden	11,1 <sup>1)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,5	
(11) eigene Bundesschuld (Summe 8 – 10)	268,8 <sup>2)</sup>	40,9	35,4	29,0	30,3	34,5	17,5	14,8	17,9	14,7	14,2	2,2	1,0	6,0	2,3	
(12) Schuldmitübernahme Ausgleichsfonds	2,7 <sup>3)</sup>	0,1	0,5	0,3	0,2	0,1	0,8	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
(13) Gesamt(schuld (Summe 11 – 12)	271,5 <sup>4)</sup>															
(14) Tilgungsleistungen (Summe 11 – 12)		41,0	35,9	29,3	30,4	34,6	18,3	15,5	18,0	14,7	14,2	2,2	1,0	6,0	2,3	

1) davon rund 8,1 Mrd. DM nicht tilgbarer Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank

2) vor Abzug der Eigenbestände in Höhe von rund 2,2 Mrd. DM

3) vor Abzug der Eigenbestände in Höhe von rund 0,3 Mrd. DM

4) ohne Kassenverstärkungskredite in Höhe von rund 3,2 Mrd. DM.

3. Wie hoch war der Anteil der Kreditinanspruchnahmen (netto)
- des Staates,
  - der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft),
  - der Unternehmen der Wohnungswirtschaft,
  - der privaten Haushalte
- an der Geldvermögensbildung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969, 1970 bis 1974, in den einzelnen Jahren seit 1975, und wie hoch werden diese Anteile aus heutiger Sicht im Jahre 1982 sein?

Den Gegenposten zur Kreditaufnahme der volkswirtschaftlichen Sektoren bildet die gesamte Geldvermögensbildung der Volkswirtschaft. Das ist neben der Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren auch die der finanziellen Sektoren (Banken, Bausparkassen, Versicherungen; 1980 z.B. netto 14,63 Mrd. DM) sowie – im Falle eines Leistungsbilanzdefizits – die des Auslandes, das per saldo Forderungen gegenüber dem Inland in Höhe des Leistungsbilanzdefizits erwirbt.

Die nachstehende Übersicht stützt sich auf die regelmäßig von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung. Die Übersicht bezieht die Kreditaufnahme der Sektoren auf die inländische sowie auf die gesamte Geldvermögensbildung der nicht-finanziellen Sektoren; letztere Bezugsgröße ermöglicht – allerdings immer noch ohne finanzielle Sektoren – einen vollständigeren Überblick. Derzeit stehen Daten für die Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der volkswirtschaftlichen Sektoren bis zum 1. Halbjahr 1981 zur Verfügung. Vorausschätzungen der Geldvermögensbildung und ihrer Inanspruchnahme durch die volkswirtschaftlichen Sektoren sind angesichts der hohen Schätzrisiken von geringem Aussagewert und werden daher nicht offiziell vorgenommen; für 1982 können daher keine Daten genannt werden.

Jahr	Geldvermögensbildung der nicht-finanziellen Sektoren <sup>1)</sup>				Inanspruchnahme <sup>2)</sup> durch				
	Gesamt	Ausland	Inland		private Haushalte	Staat <sup>3)</sup>	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Ausland
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anteile in v. H. der gesamten Geldvermögensbildung									
Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969	100	13,54	86,46	(52,08)	3,44	10,99	45,03	24,83	18,46
Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974	100	16,55	83,45	(52,76)	3,85	11,12	44,09	21,12	23,04
1975	100	17,44	82,56	(61,99)	4,45	36,65	25,09	13,90	22,84
1976	100	19,58	80,42	(53,87)	7,51	25,03	33,37	14,76	23,92
1977	100	16,33	83,67	(55,65)	8,12	21,14	34,04	19,94	21,48
1978	100	19,05	80,95	(50,38)	8,35	21,41	25,29	22,69	27,42
1979	100	18,44	81,56	(58,90)	9,56	21,10	34,23	29,01	13,50
1980	100	26,38	73,62	(52,84)	5,17	24,30	36,80	26,60	13,35
1981 I. Hj.	100	33,41	66,59	(46,47)	1,98	23,16	34,67	20,86	21,61
Anteile in v. H. der inländischen Geldvermögensbildung									
Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969			100	(60,24)	3,97	12,71	52,07	28,72	
Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974			100	(63,23)	4,61	13,33	52,84	25,32	
1975			100	(75,09)	5,40	46,82	30,39	16,84	
1976			100	(66,98)	9,34	31,12	41,50	18,36	
1977			100	(66,52)	9,71	25,26	40,69	24,83	
1978			100	(62,24)	10,31	26,45	31,25	28,03	
1979			100	(72,22)	11,72	25,87	41,97	35,57	
1980			100	(71,77)	7,02	33,01	49,99	36,14	
1981 I. Hj.			100	(69,79)	2,97	34,77	52,06	31,33	

p) vorläufige Zahlen

1) Die finanziellen Sektoren hatten z.B. 1980 eine Geldvermögensbildung von netto 14,6 Mrd. DM. Nur bei Einbeziehung dieses Sektors würden die Anteilswerte der Sektoren bei der Inanspruchnahme 100 v. H. ergeben.

2) Kreditaufnahme einschließlich von finanziellen Sektoren

3) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Die privaten Haushalte – deren Anteil an der Geldvermögensbildung traditionell am größten ist – trugen 1980 zur Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren mit knapp 72 v. H. zur gesamten Geldvermögensbildung aller nichtfinanziellen Sektoren, also einschließlich des Auslandes, mit 53 v. H. bei; der Anteil des Auslandes ist dabei – als Spiegelbild zum Leistungsbilanzdefizit – auf 26 v. H. angestiegen.

1980 nahm der Staat die Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren zu 33 v. H. in Anspruch. Der höchste Anteilssatz war 1975 mit rd. 47 v. H. erreicht worden. Bezogen auf die gesamte Geldvermögensbildung aller nicht-finanziellen Sektoren entfielen auf den Staat 1980 24,3 v. H. (1975: 38,7 v. H.). Der Unternehmenssektor (einschließlich Wohnungswirtschaft) hat 1980 die inländische Geldvermögensbildung zu gut 80 v. H. beansprucht; 1975 hatte dieser Anteilssatz – rezessionsbedingt – mit rd. 47 v. H. seinen Tiefpunkt erreicht. Bezogen auf die gesamte Geldvermögensbildung aller nicht-finanziellen Sektoren betrug der Anteil 1980 63,4 v. H. (1975: 39 v. H.). Die Kreditaufnahme der privaten Haushalte ist 1980/1. Halbjahr 1981 gegenüber 1980/79 wieder erheblich zurückgegangen.

4. Wie hoch ist die in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1982 bis 1985 vom Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden geplante Bruttokreditaufnahme (Angaben je getrennt und insgesamt)?

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes, seiner Sondervermögen, der Länder und Gemeinden entwickelt sich nach den Finanzplänen bzw. den Wirtschaftsplänen und den Finanzprojektionen wie folgt:

	1982	1983	1984	1985
	– Mrd. DM –			
Bund (einschließlich LAF)	73	66 1/2	67	63 1/2
ERP-Sondervermögen	2	2	1 1/2	1
Länder <sup>1)</sup>	37	35 1/2	33 1/2	30
Gemeinden (Gv.)	12	12	11 1/2	10 1/2
insgesamt	124	116	113 1/2	105
nachrichtlich				
Deutsche Bundesbahn	5	6 1/2	8	8
Deutsche Bundespost	11 1/2	8 1/2	9 1/2	13

1) teilweise geschätzt

Die Bruttokreditaufnahmen ergeben sich aus den in der Antwort zur Frage 5 ausgewiesenen Nettokreditaufnahmen zuzüglich der in der Antwort zur Frage 6 ausgewiesenen Tilgungen.

5. Wie hoch ist die in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1982 bis 1985 vom Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden geplante Nettokreditaufnahme (Angaben je getrennt und insgesamt)?

Die Angaben über die Nettokreditaufnahmen 1982 gehen von den vorliegenden Haushaltsplänen des Bundes und der Länder aus. Für die Gemeinden wurde eine Ausgaben- und Einnahmenentwicklung auf der Basis der Vorausschätzung der kommunalen Spitzenverbände zugrunde gelegt.

Für die Nettokreditaufnahmen für die Jahre ab 1983 liegen derzeit nur Zahlen aus den letzten vorliegenden Finanzplänen des Bundes und der Länder vor, die – soweit bisher nicht mitgeteilt – durch Schätzungen ergänzt wurden. Die Finanzpläne berücksichtigen noch nicht die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung, die Anlaß zu einer Korrektur der Finanzpläne sein werden. Bei den Gemeinden, für die eine den staatlichen Finanzplänen vergleichbare mittelfristige Finanzplanung nicht vorliegt, wurde ein gegenüber Bund und Ländern etwas höherer Ausgabenzuwachs angenommen. Für die Sondervermögen werden die Angaben der Wirtschaftspläne bzw. die voraussichtliche Entwicklung mitgeteilt. Insgesamt gesehen wurde von einer engbegrenzten Ausgabenzunahme ausgegangen, wie sie auch vom Finanzplanungsrat wiederholt empfohlen wurde.

Die Nettokreditaufnahme entwickelt sich wie folgt:

	1982	1983	1984	1985
	– Mrd. DM –			
Bund (einschließlich LAF)	27	26	24 1/2	17 1/2
ERP-Sondervermögen	1 1/2	1 1/2	1	1/2
Länder <sup>1)</sup>	21 1/2	19	16	12 1/2
Gemeinden (Gv.)	5 1/2	5	4 1/2	3
insgesamt	55 1/2	51 1/2	46	33 1/2
nachrichtlich				
Deutsche Bundesbahn	2	2 1/2	3 1/2	4 1/2
Deutsche Bundespost	5 1/2	5 1/2	6 1/2	7 1/2

1) teilweise geschätzt

6. Wie hoch sind die Zins- und Tilgungsverpflichtungen in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1982 bis 1985 beim Bund, seinen einzelnen Sondervermögen, den Ländern und den Gemeinden (Angaben je getrennt und insgesamt) unter Berücksichtigung der geplanten Neuverschuldung (gegebenenfalls Schätzzahlen)?

Die Angaben erfolgen getrennt, weil nach dem 1969 verabschiedeten Haushaltsgesetz (§ 10) Zinsen und Tilgungen deutlich voneinander zu unterscheiden sind. Während es sich bei Zinszahlungen um Ausgaben handelt, werden Tilgungen zu den Finanzierungsvorgängen gezählt.

Die Zinsverpflichtungen in den Jahren 1982 bis 1985 beim Bund, seinen Sondervermögen, bei den Ländern und Gemeinden betragen:

	1982	1983 – Mrd. DM –	1984	1985
Bund (einschließlich LAF)	23	26 1/2	28 1/2	30 1/2
ERP-Sondervermögen	1/2	1/2	1/2	1/2
Länder	14	16 1/2	18	19 1/2
Gemeinden (Gv.)	8	8 1/2	9	9
insgesamt	45 1/2	52	56	59 1/2
nachrichtlich				
Deutsche Bundesbahn	3	3	3 1/2	4
Deutsche Bundespost	2	2 1/2	2 1/2	3

Bei den Tilgungsverpflichtungen beruhen die Angaben von Bund und Ländern auf den geltenden Finanzplänen. Für die Gemeinden wurde eine Schätzung vorgenommen:

	1982	1983 – Mrd. DM –	1984	1985
Bund (einschließlich LAF)	46	41	42 1/2	46
ERP-Sondervermögen	1/2	1/2	1/2	1/2
Länder	15 1/2	16 1/2	17 1/2	17 1/2
Gemeinden (Gv.)	6 1/2	7	7	7 1/2
insgesamt	68 1/2	65	67 1/2	71 1/2
nachrichtlich				
Deutsche Bundesbahn	3 1/2	4	4 1/2	3
Deutsche Bundespost	6	3	3	5

7. Wie entwickelte sich die durchschnittliche Verzinsung (effektiv) beim Bund in den einzelnen Quartalen seit dem 1. Quartal 1979 bis heute (aufgegliedert nach Darlehensarten und durchschnittlich insgesamt)?

Die durchschnittliche Effektivverzinsung beim Bund – aufgegliedert nach Darlehensarten – für den Zeitraum I/79 bis IV/80 ist in der Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland“ (Drucksache 9/364 vom 23. April 1981) abgedruckt worden; im Jahre 1981 entwickelte sie sich in den einzelnen Quartalen wie folgt:

	I/81	II/81	III/81	IV/81
	– in v. H. –			
Bundesanleihen	9,37	—	10,63	9,92
Bundesobligationen	9,53	10,50	11,10	10,16
Bundesschatzbriefe	9,14	9,67	10,41	9,70
Schuldscheindarlehen	10,51	11,79	12,39	10,47
Kassenobligationen	—	—	11,50	—
Unverzinsliche				
Schatzanweisungen	8,40	12,49	12,54	10,55
Finanzierungsschätze	10,06	11,09	12,07	10,21
insgesamt	10,13	11,56	11,92	10,32

Die Differenzen in der durchschnittlichen Verzinsung resultieren in erster Linie aus der unterschiedlichen Laufzeit der einzelnen Darlehensarten.

8. Welche Annahmen über die Entwicklung (Höhe) der Zinsen (aufgegliedert nach Darlehensarten und durchschnittlich insgesamt) liegen den Ansätzen für die Verzinsung im Bundeshaushalt 1982 und im Finanzplan des Bundes bis 1985 zugrunde?

Der Ansatz für die Verzinsung der Bundesschuld im Haushalt 1982 ergibt sich im wesentlichen aus den Zinssätzen, die in der Vergangenheit bei der Darlehensaufnahme vereinbart wurden. Ohne Berücksichtigung des Kassenkredits sind auf die Bundesschuld vom 31. Dezember 1981 im Jahre 1982 8,0 v. H. Zinsen zu zahlen. Für die fälligen Zinsen bei den einzelnen Darlehensarten ergeben sich 1982 folgende Zinssätze:

Finanzierungsart	Zinssätze p. a. in v. H.
Bundesanleihen	5,00 – 10,75
Bundesobligationen	7,50 – 11,00
Bundesschatzbriefe	6,50 – 10,00
Schuldscheindarlehen	4,75 – 13,30
Kassenobligationen	7,50 – 11,50
Unverzinsliche Schatzanweisungen	9,0 <sup>*)</sup>
Finanzierungsschätze	9,0 <sup>*)</sup>

<sup>\*)</sup> Verkaufszinssatz

Für den Finanzplanungszeitraum 1983 bis 1985 sind Zinssätze unterstellt, die dem erwarteten, allmählichen Zinsrückgang Rechnung tragen.

9. Welche jährliche Mehr- bzw. Minderbelastung ergibt sich für den Bund, seine Sondervermögen, die Länder und die Gemeinden (Angaben je getrennt) bei einer Zinserhöhung bzw. -senkung von durchschnittlich 1 v. H. (bezogen auf den Bruttokreditbedarf im Jahre 1982)?

Die jährliche Mehr- bzw. Minderbelastung beliefe sich auf eine Größenordnung

beim Bund	von rund 730 Mio. DM
beim ERP-Sondervermögen	von rund 20 Mio. DM
bei den Ländern	von rund 370 Mio. DM
bei den Gemeinden	von rund 120 Mio. DM
bei der Deutschen Bundesbahn	von rund 50 Mio. DM
bei der Deutschen Bundespost	von rund 110 Mio. DM



10. Wie deckte der Bund die jeweilige Bruttokreditaufnahme in den einzelnen Haushaltsjahren 1979 bis 1981 (aufgegliedert nach Darlehensarten, nach durchschnittlicher effektiver Verzinsung und nach durchschnittlichen Laufzeiten)?

Der Bruttokreditbedarf des Bundes wurde in den Haushaltsjahren 1979 bis 1981 durch folgende Bruttokreditaufnahmen gedeckt:

	Haushaltsjahre			Durchschnittliche <sup>1)</sup> Verzinsung effektiv			Durchschnittliche Laufzeiten <sup>1)</sup>					
	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979		1980		1981	
	– in	Mrd.	DM –	– in	v. H.	–	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Jahre	Monate
Bundesanleihen	10,6	5,6	7,7	7,7	8,8	10,0	9	3	10	—	9	7
Bundesobligationen	0,6	8,5	11,8	8,0	8,7	10,1	5	—	4	11	5	0
Bundesschatzbriefe	6,4	6,4	5,0	7,3	8,4	9,7	6	5	6	6	6	6
Schuldscheindarlehen	32,8	33,6	53,1	7,5	8,8	11,3	8	1	5	8	4	0
Kassenobligationen	1,4	2,1	1,0	6,3	8,1	11,5	3	3	4	0	4	0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	1,1	2,0	5,1	6,7	8,4	11,9	2	0	2	0	1	11
Finanzierungsschätze	1,7	1,4	2,0	8,0	8,2	10,7	1	10	1	10	1	7
insgesamt	54,6	59,6	85,8	7,5	8,7	10,9	7	6	5	11	4	6

1) Abgrenzung Kalenderjahr





